

Kurzbericht „Mali: Perspektiven für den politischen Wiederaufbau“

Die Veranstaltung wurde vom VIDC in Kooperation mit dem Bruno Kreisky Forum und der Landesverteidigungsakademie durchgeführt und von **Georg Lennkh (Bruno Kreisky Forum)** und **Franz Schmidjell (VIDC/Wiener Institut)** eröffnet. **Marie-Roger Biloa** („Afrika International“, Paris) moderierte die lebhafteste Debatte.

Der aus Nordmali stammende **Ismaël Sory Maïga**, Leiter des Centre d’Etudes des Langues et Civilisations Africaines (Bamako, Paris), konstatierte einen grundlegenden Wandel im Zugang der internationalen Gemeinschaft zum Konflikt in Mali vor und nach dem 11. Jänner 2013, also dem Beginn der französischen Militärintervention. Davor habe man den Konflikt als inner-malisch eingeschätzt und sei abwartend gewesen. Danach erkannte man, dass die Auseinandersetzungen (auch zwischen den islamischen Gruppen) eine regionale, nicht auf Mali beschränkte Dimension haben. Keine der drei islamistischen Gruppen (Ansar Dine, AQMI = Al-Quaida im islamischen Maghreb, MUJAO = Mouvement pour l’Unité et le Djihad en Afrique de l’Ouest), die Nordmali besetzt hielten, hatte jemals eine offizielle Deklaration abgegeben. Die MNLA (Mouvement National de Libération de l’Azawad), die keine islamistischen Positionen vertritt, hielt keine Stadt besetzt, erklärte aber offiziell „Azawad“ (Nord-Mali) für unabhängig.

Als Grund für den Konflikt gab Maïga an, dass es sich bei Mali entgegen landläufiger Meinung um keinen demokratischen Staat handle. Es gebe eine tieferliegende, demokratische Krise und die sei im Misstrauen der MalierInnen gegenüber ihrer Regierung begründet, von der sie sich nicht vertreten fühlen. Die malische Regierung habe, was Gesundheit, Bildung, etc. betreffe, nichts für die malische Bevölkerung getan. Die öffentlichen Institutionen funktionierten ebenso wenig wie die malische Armee. Es brauche endlich verantwortungsvolle PolitikerInnen. Auch brauche es einen ehrlichen Diskussionsprozess.

Wer sei denn der Vertreter des Nordens? Die MNLA sei es jedenfalls nicht alleine, viele Gruppen seien darin nicht repräsentiert. Es hätte niemals zu einer Besetzung Nordmalis kommen dürfen, so wurde die Bevölkerung zur Kollaboration mit den islamistischen Gruppen gezwungen. Dabei kämpfe die Mehrheit gar nicht für eine Ideologie.

Was Frankreich angehe, so habe die ehemalige Kolonialmacht natürlich ihre eigene Agenda in diesem Konflikt. Es brauche daher mehr Engagement anderer Länder und die Unterstützung Europas.

Moussa ag Assarid, Europa-Vertreter der MNLA, betonte, dass die islamistischen Gruppen sich bereits seit 2003 in der Region befinden. Die MNLA wurde 2011 gegründet und habe niemals eine Stadt besetzt oder gemeinsame Sache mit islamistischen Gruppierungen wie AQMI gemacht. Die MNLA sei eine eher laizistische Bewegung. Gegen die malische Armee habe man bis April 2012 gekämpft, dann Azawad für unabhängig erklärt und eine provisorische Regierung eingesetzt. Über die endgültige Regierung sollte die gesamte Bevölkerung Azawads entscheiden. Mit Ansar Dine habe man Gespräche geführt, um sie dazu zu bewegen eine Partei zu gründen und die Waffen niederzulegen. Man wolle auch mit dem Internationalen Gerichtshof zusammenarbeiten. Wahlen hielt Assarid derzeit für nicht zielführend, solange die Regierung keinen Dialog mit ihren Gegnern führe.

Die Unabhängigkeit Nordmalis (Azawads) sei bereits 1953 gegenüber dem französischen Kolonialregime gefordert worden. Nach der Unabhängigkeit sei die Region weiterhin vernachlässigt worden. Assarid kritisierte auch die derzeitigen Aktivitäten der französischen Armee. Länder wie Österreich könnten dagegen eine wichtige Vermittlerrolle einnehmen.

Stephane Gompertz, der Botschafter Frankreichs in Österreich und frühere Leiter der Afrika Abteilung im französischen Außenministerium, stimmte in der Analyse überein, dass die Regierung in Mali bereits seit längerer Zeit schwach gewesen sei und es eine Vertrauenskrise zwischen Nord- und Südmali gebe. Die Terrorgruppen sah er eng mit den Drogenkartellen verknüpft. Mali sei dabei sowohl Transit- als auch Konsumland. Nach dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes in Libyen kursierten in der Region viele Waffen. Überrascht sei man von der Eskalation des Malikonflikts gewesen, als sich die drei islamistischen Bewegungen neu gruppierten und im Jänner 2013 die Stadt Kona gefährdet war. Da war eine schnelle Entscheidung nötig. Weitere Gründe waren die Verbindungen zu Boko Haram (in Nigeria) und die Notwendigkeit, EuropäerInnen vor weiteren Geiselnahmen zu schützen. Frankreich habe aber keine wirtschaftlichen Interessen in Mali, allerdings an den Uranminen im benachbarten Niger.

Die Reaktionen in Afrika (mit Ausnahme Ägyptens) auf die französische Intervention seien durchwegs positiv gewesen. Die Rolle Frankreichs sei es jedoch nur gewesen, die Terrorgefahr zu bannen, was fast gelungen sei. Frankreich wolle sich voraussichtlich Ende April 2013 wieder zurückziehen.

Nun gelte es, eine wirkliche malische Armee aufzubauen und auszubilden (auch im menschenrechtskonformen Umgang mit der Zivilbevölkerung) sowie den Rechtsstaat und die Demokratie wieder aufzubauen (Wahlen im Juli 2013?). Die UN-Mission brauche ein klares Mandat, das auch den Schutz der Menschenrechte beinhalte.

Das Publikum (die Wortmeldungen kamen vor allem von in Österreich lebenden MalierInnen) forderte vor allem ein Ende der Kampfhandlungen, das Niederlegen der Waffen (auch seitens der MNLA) und wandte sich vehement gegen eine Teilung Malis.

Bericht: Martina Neuwirth